

Mag.a Marianne Geets

Suzana Stojanović-Joham

Wien, am 14.9.2020

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen stellen gemäß § 19 Abs. 5 GO BV in der Bezirksvertretungssitzung am 24.9.2020 den Antrag auf Beschlussfassung folgende

RESOLUTION

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim – Fünfhaus setzt sich für das gleiche allgemeine Wahlrecht für alle Bürger*innen ein, die ihren ordentlichen Wohnsitz und Lebensmittelpunkt in Österreich haben, unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

Begründung:

„Im Wiener Durchschnitt betrug der Anteil an Wienerinnen und Wiener mit einer ausländischen Herkunft im Jahr 2019 rund 40,7 Prozent. In 2 Bezirken hatten mehr als die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner eine ausländische Herkunft - in Rudolfsheim-Fünfhaus seit dem Jahr 2015 sowie in der Brigittenau seit 2018. Das bedeutet, dass mehr als die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Bezirke nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen oder österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger waren, die im Ausland geboren worden sind.“

(Quelle: <https://www.wien.gv.at/menschen/integration/daten-fakten/bevoelkerung-migration.html> abgefragt am 14.09.2020)

Diese Fakten belegen ein enormes demokratiepolitisches Defizit.

Menschen, deren Lebensmittelpunkt Österreich ist, hier arbeiten, Steuern und Sozialabgaben bezahlen, sollen auch die Möglichkeit zur entsprechenden Mitbestimmung haben.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft mühsam und mit hohen Kosten verbunden ist. Beim Erwerb der Staatsbürgerschaft zählt Österreich zu den restriktivsten Ländern Europas.

Leider wird noch immer Integrationspolitik betrieben, indem Menschen in eine Mehrheitsgesellschaft integriert jedoch aber weiterhin ausgegrenzt werden.

Es muss ein Umdenken in der Politik stattfinden in Richtung Inklusion, welche Menschen in eine Gesellschaft miteinbezieht ohne sie dabei auszugrenzen.

Das Wahlrecht für diese Menschen stellt einen positiven Schub in Richtung einer inklusiven Gesellschaft dar in der alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft gleichberechtigt sind, was wiederum zu einer stärkeren Identifikation mit Österreich führt. Der 15. Bezirk hat einen hohen Anteil an nicht wahlberechtigten Bewohner*innen. Diese in die politische Teilhabe einzubeziehen ist ein Gebot der Stunde.

Marianne Geets

Suzana Stojanovic-Joham